

renz der Blockfreien-Bewegung (NAM) im September 1992 in Jakarta, verkündet. Auch bei der Menschenrechts-Tagung Anfang Februar 1993 in Jakarta ging es um dieses Thema. Von den UN waren 31 Staaten des asiatisch-pazifischen Raumes eingeladen worden; und sowohl Regierungsvertreter als auch die Sprecher von Nichtregierungs-Organisationen kamen. Es war eines der Vorbereitungsstufen für die Welt-Menschenrechtskonferenz, die vom 14. bis 25. Juni 1993 in Wien stattfinden wird. In Jakarta trat höchstpersönlich Präsident Suharto vor die Mikrophone, um mit seiner Eröffnungsrede auf weitere Kontroversen einzustimmen. Er machte erneut geltend, daß es keine universellen Menschenrechte gebe, sondern jedes Land – sprich: die jeweilige Regierung! – die Grenze zwischen individuellen und kollektiven Menschenrechten ziehen müsse, um die nationalen Interessen zu wahren.

Dieser Konflikt um die geteilten Menschenrechte kennzeichnet die Auseinandersetzung beim Verlangen nach demokratischen Verhältnissen. In keinem asiatischen Staat kann ernsthaft von Demokratie die Rede sein, jedenfalls nicht im klassischen Sinne des Wortes. Die Regierungspositionen sind klar: Nur mit innenpolitischer Stabilität lasse sich ein Land zum Wohle aller aufbauen. Demnach: Einzelne Kritiker, die dieses Ziel infrage stellen oder verlangen, daß eine repräsentative Volksvertretung an der Definition der Ziele beteiligt sein solle, werden als Störenfriede mundtot gemacht, in Gefängnisse gesteckt, auf offener Straße niedergemetzelt. Dies hat eine lange Tradition. Asiatische Gesellschaften sind noch heute von hierarchisch aufgebauter Obrigkeit geprägt. Alter fungiert vor Jugend, Männer vor Frauen. Macht ist in einer oder wenigen Händen konzentriert. Autorität wird von oben nach unten praktiziert. Im Gegensatz zum westlichen Individualismus spielt nicht der Einzelne die zentrale Rolle, sondern der jeweilige Clan mit seinem Oberhaupt. Das Prinzip des Konfuzius verlangt unbedingte Unterordnung. Das gilt für das Kind innerhalb der Familie. Das gilt für den Staatsbürger innerhalb seiner Gesellschaft. Von diesem Hintergrund leiten die Regierungen bis heute die Teilung der Menschenrechte ab. Um die gesamtstaatliche Entwicklung zu gewährleisten, müssen die Bedürfnisse einzelner Bürger zurückstehen. Demokratie wird als westlicher Ordnungsfaktor abgetan, der für Asien nicht taugt.

In der Tat: Die Deklaration der Menschenrechte wurzelt in der abendländischen Geschichte und Denkweise. Darin steckt das Ideal des eigenverantwortlichen Menschen, der aus individuellem Selbstverständnis heraus an der Gestaltung seiner Welt teilnimmt. In der Formulierung der Menschenrechte steckt das Aufbegehren der Französischen Revolu-

tion. In der Einklagbarkeit der Menschenrechte steckt die von einer breiten Bevölkerungsmehrheit getragene Staatsform der Demokratie, so mangelhaft deren tatsächlicher Zustand auch sein mag.

Die Geschichte asiatischer Staaten verlief völlig anders. Wo Europäer und Amerikaner als Kolonialherren in asiatische Geschicke eingriffen, traten auch die weißen Herren nicht als Verfechter der Menschenrechte auf, sondern jagten ihren eigenen Profiterwartungen hinterher, was Seelen, Pfeffer und Territorien betraf. Doch die Verhältnisse ändern sich auch in Asien. So begründet die traditionelle Machtausübung war, so brüchig wird das Fundament dafür in unserer Zeit. Dieselben Regierungen, die sich auf die eigenständige Geschichte und Kultur und Religion berufen, forcieren im Bereich von Wirtschaft und Technologie eine Entwicklung, die ganz den westlichen Vorbildern folgt und mit handfester Beteiligung von deren Repräsentanten vorangetrieben wird. Immer dann, wenn es um vordergründige Interessen geht – Kritik am Regierungsstil abzuwehren, ein Großprojekt durchzusetzen, bei dem Zehntausende ihre Heimat verlassen müssen, Willküraktionen des Militärs zu decken, Bücher zu verbieten, politische Gegner zu verhaften –, immer dann, wenn es den Herrschenden zu ungemütlich wird, dann verweisen sie auf die geteilten Menschenrechte. Es ist die unredliche und durchschaubare Machtausübung aller totalitären Regime.

Der Wind der geistigen Veränderung bläst nun allerdings auch in Asien. Vor allem in jenen Ländern, die als Schwellenländer bezeichnet werden, die wirtschaftlichen Aufschwung und Industrialisierung in Gang bringen, werden die

Ansprüche an populärer Partizipation lauter und selbstbewußter ausgesprochen. Damit bricht ein Dilemma auf, in das zunehmend die Regierungen solcher wirtschaftlichen Erfolgsmodelle geraten, die die materielle Entwicklung fördern, ins Bildungswesen investieren und dann ignorieren wollen, daß Menschen nicht nur komplizierte Maschinen zu bedienen lernen, sondern auch darüber nachzudenken beginnen, was denn mit den Werkzeugen produziert wird, wer davon profitiert und wie hoch der Preis an Raubbau im Lande ist. Mit dem Anwachsen neuer Mittelschichten entsteht auch ein Potential an kritischem Geist: ein Zeitgeist, der tatsächliche Traditionen und vermeintlich festgefügte Grundlagen von Macht infrage stellt.

Wenn Kritik von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder sogar von offizieller Seite anderer Regierungen – beispielsweise in Tischreden bei Staatsbesuchen – geübert wird, dann tun dies die betroffenen Präsidenten und ihre Clans als Einmischung von außen ab. Da wird ein Deal angeboten: Wir interessieren uns nicht für die Menschenrechte in euren Ländern; und ihr laßt uns auch in Ruhe. So hätten sie es gern! Doch die Zeiten sind nicht mehr so. Dies hat wenig mit Einmischung von außen zu tun. Es macht sich zunehmend Einmischung von innen bemerkbar. Menschenrechte sind eben nicht teilbar.

Rüdiger Siebert

Der Autor ist Journalist, hat mehrere Bücher zu Indonesien und anderen Ländern Südostasiens veröffentlicht und arbeitet als Leiter des indonesischen Programms bei der Deutschen Welle.

Demokratisierung in Südostasien – für wen?

Unter dem Titel "More Power to the People: Konflikte um Demokratisierung in Südostasien" fand vom 12.-14. Februar dieses Jahres die Jahrestagung der Südostasien-Informationsstelle statt. Über 100 Interessierte waren gekommen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Holland und England.

Wenn auch die Begriffe wie "Volk" und "Demokratie" in ihrem Kern ehrenhafte und fortschrittliche Werte widerspiegeln, so muß am Ende der Tagung der Verlauf der Diskussion über "mehr" Macht dem Volke als ein bescheidener Versuch im Ausland gesehen werden. Es ging mehr um die Vielfältigkeit eines eingeschränkten Prozesses der Volksbeteiligung und das komplexe Phänomen "Macht" in der Region. Die Mehrheit der asiatischen Gesellschaften haben eine lange Kolonialgeschichte und eine Tra-

dition des Feudalismus, der Diktatur und Militärherrschaft. Wenn nicht Diktatur oder Ausnahmezustand in einem asiatischen Land vorherrschten, dann war Partizipation ein Prozeß, der in den Gefilden der Elite geboren wurde, unterstützt von der anwachsenden Mittelklasse und artikuliert von den städtischen Marginalisierten.

Angesichts der Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen im Juni wird es einigen Regierungen von (südost-)asiatischen Ländern schließlich gelingen,

ihre Interpretationen von Menschenrechten und Demokratie zu entwerfen: Die Hervorhebung des Entwicklungsansatzes des Landes, Unterordnung der individuellen (Menschen-) Rechte unter die angeblich kollektiven Rechte. Es wurde auf der Tagung versäumt, sich am Anfang oder Ende die Zeit zu nehmen, auf diese grundlegenden Prinzipien näher einzugehen. Auf der Menschenrechtskonferenz werden diese Prinzipien wahrscheinlich der Grund für eine Spaltung in der weltweiten Interpretation von grundlegenden Menschenrechten sein.

Es ging um drei Länder in Südostasien: Indonesien, die Philippinen und Thailand. Jedes wurde von einem/r Referenten/in des Landes behandelt, die ähnliche "strukturelle" Probleme, aber auch unterschiedliche Stufen von Schwierigkeiten und geringfügigen Möglichkeiten für Prozesse zur Demokratisierung aufzeigten. Während es auf den Philippinen demokratischen Volksbewegungen gelungen ist, Koalitionen zu verbreitern, wie die Bildung eines Kongresses für eine Landreform des Volkes (Congress for Peoples Agrarian Reform) oder Koalition für die Schuldenfreiheit (Freedom of Debt Coalition), werden fortschrittliche Kräfte in Indonesien und Thailand noch einige Zeit mit der Existenz des Militärs in politischen Institutionen und ihren Interventionen, mit dem Staat abgestimmter Gewalt, mit Zensur und anderen Einschränkungen in ihrer Gesellschaft konfrontiert sein.

Prozesse und Ausblicke

Was in Indonesien (immer) noch beunruhigt – angesichts eines globalen Trends zur Demokratisierung – ist die Verschärfung und zunehmende Erzwingung, Probleme nach militärischen Mustern zu lösen. Allein 1992 führte die wachsende Anzahl von Streiks und Widerstand gegen die Landvertreibung zunehmend zum gewaltsamen Einsatz des Militärs gegen die Menschen, die ihre Forderung zu vertreten suchten. Die 27 Jahre seit General Suhartos Machtübernahme haben dazu geführt, daß allmählich und unerschwerlich auf geradezu allen Ebenen der Gesellschaft die sozio-politischen Aktivitäten des Militärs akzeptiert werden. Bis heute sitzen nicht weniger als 150 Angehörige der Streitkräfte im 500 Sitze umfassenden indonesischen Parlament. So erschien es dem indonesischen Referenten weniger von Bedeutung zu sein, die politische Entwicklung selber zu beschreiben. Trotzdem, auch wenn die Existenz von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Massenorganisationen sehr wirkungsvoll eingeschränkt werden durch Dutzende von ideologischen und praktischen Einschränkungen, wie die erzwungene Akzeptanz von "Pancasila", der Staatsideo-

logie, die implizit vollständigen Gehorsam und eine nicht-antagonistische Haltung gegenüber dem Staat verlangt, hätte man doch einiges mehr von dem Referenten und NRO-Aktivisten, *Theo Soetomo Siswapranata* aus Solo/Java, darüber erfahren können. Unter den Bevölkerungsschichten, die Verluste durch sogenannte Entwicklungsprojekte hinnehmen müssen, und den Aktivisten der NROs gibt es eine hitzige Diskussion, welche den Anspruch der Regierung auf die selbst zugeschriebene Tugend von Entwicklung als kollektives Recht in Frage stellt. In den letzten Jahren sind zunehmend mehr Solidaritätsgruppen von Studenten, Menschenrechtsaktivisten und engagierten Betroffenen gegründet worden, die die Konsequenzen von Entwicklungsprojekten für die ländliche und städtische Bevölkerung ablehnen.

In Thailand war das Mai-Massaker, welches sich letztes Jahr ereignete und bei dem Protestierende auf Anweisung des Militärs zusammengeschossen wurden, das Ergebnis von mehr als einem halben Jahrhundert Einflußnahme der Militärs auf die Regierungsführung. Von den 60 Jahren seit Veränderung des politischen Systems von absoluter zu konstitutioneller Monarchie, können mindestens 42 Jahre als direkte Militärrherrschaft bezeichnet werden, so führte es die Referentin, *Surasawadee Hunpayon* von der *Campaign for Popular Democracy*, aus. Obgleich an den Forderungen nach dem Recht auf politische Beteiligung, Informationsfreiheit und Recht auf Meinungsäußerung nach dem Mai-Massaker festgehalten wurde, wobei die städtische Elite sich für Veränderungen stark machte, besteht weiterhin Skepsis und Angst vor einer Rückkehr zu einer Militärrherrschaft.

Während in den Philippinen Präsident Ramos einen Friedensvorschlag gemacht hat, der der bewaffneten Opposition Verhandlungen ermöglicht, stehen oppositionelle Gruppen in Thailand und Indonesien noch vor einem "grundlegenden" Hindernis: Die drohende Gefahr, daß das Militär den Demokratisierungsprozeß behindert.

Der Referent aus den Philippinen, *Alex R. Magno* vom *Third World Studies Center* aus Manila, war hervorragend in seiner Beschreibung der wachsenden Bedeutung und politischen Erwartung der Massen in die (Wahl-) Politik sowie der schwindenden politischen Voraussetzungen und sozialen Basis für eine bewaffnete Aufstandsbewegung. Er sah aber davon ab, zu analysieren, wie groß die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt von seiten der Regierung oder von Fraktionen innerhalb des Militärs ist. Der zu zahlende Einsatz für "Entwicklung" auf den Philippinen, seitdem die öffentliche Aufmerksamkeit auf die unmittelbare Steigerung der Produktivität und des Einkommens gelenkt ist, wird

zweifelloos sehr hoch sein. Die zwei bis drei Jahrzehnte Erfahrungen mit markt-orientierter Entwicklung in Indonesien und Thailand, haben den symbiotischen Zusammenhang zwischen Gewaltanwendung des Staates und Militärpräsenz in der Gesellschaft gezeigt. Die Widersprüche zwischen sozialer und ökonomischer "Entwicklung", die in Volksaufständen münden, sind bisher noch nicht offen und mit voller Kraft in der philippinischen Gesellschaft aufgetreten.

Partizipation

Logischerweise legt das Wort "Demokratisierung" einen Prozeß der Partizipation der Mehrheit der Menschen, der Basis, nahe. Über 60% der Bevölkerung in den meisten südostasiatischen Ländern leben auf dem Lande. Da die Region heute im Rahmen der Weltwirtschaft und der Internationalisierung von Produktion und Konsumption einen Trend zur Ökonomie und zum an der Stadt orientierten sozialen Leben aufzeigt, blieb auf der Tagung die Frage, wie es um die politische "Partizipation" der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung steht, kaum beantwortet.

Während der Mai-Demonstrationen gegen General Suchinda, so betonte die Referentin, war die treibende Kraft im Hintergrund die anwachsende Mittelklasse. Viele der Protestierenden kamen sogar aus den Chefetagen der Geschäftswelt. Der Rest waren Studenten, engagierte Intellektuelle und (ein kleiner Teil) der Beamten. Die Ereignisse wurden zum Höhepunkt eines politisch-administrativen Konfliktes zwischen Pro-Modernisierungs- und konservativen Kräften: des Militärs und der Bürokraten. Die Forderungen, die lediglich in städtischen Gebieten Thailands aufgestellt wurden, waren unter anderem die Demokratisierung des parlamentarischen Systems und die Dezentralisierung der Verwaltung. Dies waren Fragen, die schließlich von geringerer Bedeutung waren für die einfache Landbevölkerung, aber es waren die politischen Forderungen, die gleichermaßen innerhalb der indonesischen und philippinischen Eliten von Bedeutung waren. Über die Frage, wie die (ländliche) Bevölkerung für eine Partizipation organisiert wird, berichteten die Referenten/in gar nicht oder nur spärlich.

Hasjru Junaid

Der Verfasser ist indonesischer Menschenrechtsaktivist, arbeitete bis vor kurzem für das Komitee Indonesia und lebt in Amsterdam. Übersetzung aus dem Englischen von Peter Franke.